

Niederschrift

zur 60. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 15.10.2013	18:00- 20:22 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnick, Fred-Hagen Grünewald, Maria Meinl, Käthe Radom

CDU-Fraktion

Rolf Hilke, Jens Hoffrichter

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling, Jürgen Luban

FDP-Fraktion

Lothar Hoffrichter, Lutz König

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz

Sachkundige BürgerInnen

Franz Finka, Jens Finka, Beatrix Ring

Verwaltung

Marion Nötzel, Andreas Politz, Katja Renner, Irina Retzlaff, Christfried Tschepe

Gäste

Siegfried Daske (Behindertenbeirat), Elke Neitsch (Behindertenbeirat), Wolfgang Petenati (CDU), Uwe Stemmler (MOZ), Wolfgang Töpfer (Architekt), 8 weitere Bürger

Abwesend

Vorsitz

Stephan Wende

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter

FDP-Fraktion

Heiner Buzziol

Sachkundige BürgerInnen

Matthias Bogdan, Lothar Kranz

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Luban, eröffnet um 18:00 Uhr die 60. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird festgestellt.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2013

Die Niederschrift vom 17.09.2013 wird bestätigt.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Hr. Luban erinnert an die Unterschriftensammlung zur „Petition für die Zukunft der Ostdeutschen Wasserstraßen“. Einreicher ist der Verein Weitblick – Verkehrsinfrastruktur, Wirtschaft und Logistik e. V. Unterschreiben 50 Tsd. Bürger, dann muss der Bundestag neu verhandeln. Die Unterschriftenlisten liegen in der Stadtverwaltung aus.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Standortuntersuchung für einen Hort-Neubau in Fürstenwalde-Süd (BE: Dr.-Ing. Wolfgang Töpfer)

Hr. Tschepe erläutert eingangs, dass der Fachbereich Stadtentwicklung aufgrund des Beschlusses in der Stadtverordnetenversammlung am 26.09.2013, tätig geworden ist. Nachdem der Standort für eine Kindertagesstätte am Tränkeweg verworfen worden ist, lautete der Auftrag an die Verwaltung, eine Untersuchung für einen Hortneubau im Umfeld der Gerhard-Goßmann-Grundschule mit zwei Standortvarianten vorzunehmen. Zum einen durch Erweiterung oder Neubau am Standort Heuweg (Hort Wirbelwind). Alternativ lautete der Auftrag, einen Standort mit 90 Hortplätzen direkt auf dem Grundstück der Gerhard-Goßmann-Grundschule zu prüfen. Die Stadt hat Hrn. Dr. Töpfer (Architekt) mit der Standortuntersuchung beauftragt, da er bereits den Rahmenplan für die Ketschendorfer Feldmark erarbeitet hat.

Hr. Dr. Töpfer stellt anhand von Plänen verschiedene Varianten für beide Standorte vor. Die Pläne sind Anhang der Niederschrift. Hr. Dr. Töpfer empfiehlt am Standort Heuweg zu bauen.

Hr. J. Hoffrichter ist der Meinung, dass Hr. Dr. Töpfer mit falschen Voraussetzungen an seinen Auftrag herangegangen ist. Kindergarten und Hort sind unterschiedlich zu betrachten. Die Wegebeziehungen zwischen Schule und Hort sollten so kurz wie möglich gestaltet werden. Eine Verbindung der Gebäude von Kindergarten und Hort macht für Hrn. J. Hoffrichter keinen Sinn.

Hr. Politz erklärt darauf hin, dass in den 90iger Jahren, die Horte aus den Schulen rausgenommen worden sind. Dies hatte einen konzeptionellen Hintergrund. Er berichtigt Hrn. J. Hoffrichter: In der Kita Wirbelwind gibt es nur Hortplätze und keinen Kindergartenbereich. Die Fachgruppe Familie, Soziales und Bildung bevorzugt den Neubau am Standort Heuweg. Für den Standort Heuweg spricht der organisatorische Vorteil. Wichtig ist auch, dass mit einem erweiterten Hort (und weniger Standorten für die Hortbetreuung), die Vertrautheit für die sich aus der Schule kennenden Kinder erhalten bleibt. Ein weiterer Aspekt ist die Entwicklung der Bedarfe, die mit einem Anstieg verzeichnet sind. Die Flexibilität einer Einrichtung am Standort Heuweg (Wirbelwind) ist besser als am Standort Gerhard-Goßmann-Grundschule.

Hr. J. Hoffrichter ist ebenfalls gegen zwei getrennte Hortstandorte für die Goßmann-Schüler, weshalb es Auftrag der Verwaltung war, zu prüfen, ob an der G.-Goßmann-Grundschule ein Standort für alle Hortkinder möglich ist.

Hr. Apitz widerspricht. Beschlossen wurde nur ein Neubau für die fehlenden 90 Hortplätze.

Fr. Meinel und **Herr Apitz** sind nach Vorstellung der Planung für den Standort Heuweg.

Nach weiterer Diskussion und Meinungsäußerungen, bittet der stellvertretende Vorsitzende die Mitglieder des Ausschusses um Abstimmung.

Für den Standort Heuweg: 9 Stimmen

Für den Standort Gerhard-Gossmann-Grundschule: 2 Stimmen

Hr. J. Hoffrichter weist darauf hin, dass diese Absichtserklärung nicht der Intention der CDU entspricht.

Der **Bürger Herr Thomas Fischer** erhält das Wort. Er erläutert, dass der Prüfauftrag am Willen der Eltern vorbei ging. Bei einer Befragung der Eltern, gab es eine Zustimmung von 60 % für einen gemeinsamen Hort an der G.-Goßmann-Grundschule. Es ist nicht im Sinne der Eltern, einen dritten Standort für einen Hort zu errichten. **Herr Tschepe** erklärt, dass ein Hortneubau für die am Heuweg vorhandenen und zusätzlich benötigten Hortplätze, am Standort Gerhard-Goßmann-Grundschule alle zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen sprengen und eine Fertigstellung bis Ende dieses Jahres völlig ausschließen würde. Im Übrigen würde jeder Hortneubau auf dem Schulgelände eine ggf. erforderliche Erweiterung der Grundschule verhindern.

Hr. L. Hoffrichter bittet um eine perspektivische Betrachtung. Es soll nicht nur aus der Not heraus gebaut werden, sondern eine langfristige Lösung erarbeitet werden. Evtl. eine Containerlösung.

TOP 6.2 Bebauungsplan Nr. 64 "Solarpark Flugplatz II" 5/630
hier: Abwägung

Hr. Tschepe erläutert, dass der Bauantrag, der für dieses Gelände eingereicht worden ist, vorzeitig vor dem Satzungsbeschluss genehmigt werden kann. Die wesentlichen Rahmenbedingungen sind geklärt. Deshalb wird das Abwägungsprotokoll zum Ergebnis vorgelegt. Eine erneute Beteiligung war erforderlich, weil aufgrund der Einwände der Unteren Naturschutzbehörde größere Flächen von der Bebauung mit Solarpanelen ausgenommen wurden. Am östlichen Rand des Geländes steht nun ein über einen Hektar großer Bereich zur Sicherung der Belange von Natur- und Artenschutz zur

Verfügung. Der entsprechende Satzungsbeschluss wird als Drucksache in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 05.11.2013 vorgelegt. Mit jetzigem Stand sind alle wesentlichen Bedenken ausgeräumt. Die UNB sieht dies etwas anders. Die untersuchenden Gutachter sind jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass den Belangen von Natur- u. Artenschutz mit der jetzigen Fassung ausreichend Rechnung getragen wurde.

Hr. Hilke weist darauf hin, dass sich die EEG (Erneuerbare Energien Gesetz)-Umlage erhöht hat.

Hr. Apitz hat sich bei der UNB zum Artenschutz erkundigt und von Frau Witte die Aussage erhalten, dass dieser nicht abwägungszugänglich ist. D. h., dass gegen geltendes Gesetz verstoßen wird. Der Investor wurde entsprechend informiert und ihm wurden Möglichkeiten aufgezeigt. Diese wurden vom Investor nicht umgesetzt. Hr. Apitz bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass es hier keine Dringlichkeit zur Beschlussfassung gibt und nicht in die Abstimmung gegangen werden sollte.

Zum Hinweis der EEG-Umlagenerhöhung erläutert **Hr. Tschepe**, dass sich in einem Rahmen bewegt wird, der durch den Gesetzgeber gesetzt wurde. Im Rahmen der Deckelung gibt es nur jetzt die Möglichkeit das Projekt zu realisieren. Wird das Solarfeld nicht in Fürstenwalde gebaut, dann wird es in Nordrhein-Westfalen oder Bayern realisiert. Die Entscheidung gegen das Fürstenwalder Projekt verhindert nicht den deutschlandweiten Ausbau der Solarenergie, verhindert aber die regionale Wertschöpfung am Standort Fürstenwalde. Der Solarpark kann nur mit der entsprechenden Vergütung realisiert werden. Über die Vergütung erfolgt die Beräumung der Flächen mit enormen militärischen Altlasten (Ruinen, Kampfmittel, Bodenverschmutzung). Daraus ergibt sich auch ein klares städtisches Interesse die militärische Liegenschaft für spätere Nutzungen zu beräumen. Zum Artenschutz erläutert Hr. Tschepe, dass der Abwägungsvorschlag der Stadt keine Entscheidung gegen den Artenschutz ist, sondern eine Entscheidung, dass dem gesetzlichen Artenschutz gemäß Gutachtertutum und nicht gemäß UNB-Votum Rechnung getragen werden soll.

Hr. L. Hoffrichter ist der Ansicht, dass der Landkreis und die Stadt sich zunächst einig über die Abwägung werden sollten. Bis zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 05.11.2013 sollte es eine Klärung geben. Hr. L. Hoffrichter schlägt vor, den Beschluss der Drucksache zu vertagen und am 05.11.2013 darüber abzustimmen.

Wenn der Beschluss auf die nächste Sitzung vertagt wird, ist das eine Entscheidung gegen das Projekt, erklärt **Hr. Tschepe**. Es ist dann nicht mehr möglich, das Projekt in der vorgegebenen Zeitschiene zu realisieren.

Hr. Hilke kritisiert, dass die Drucksache unter dem Eindruck der Eilbedürftigkeit vorgelegt wird. Er teilt mit, dass er sich nicht unter Druck setzen lasse und lehnt das Vorhaben ab.

Nach weiteren Meinungsäußerungen, bittet der stellvertretende Vorsitzende um **Abstimmung zur Drucksache 5/630**.

Beschlussvorschlag:

Über die Stellungnahmen und Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB wird entsprechend der tabellarischen Anlage abwägend entschieden. Diese wird das Protokoll der Abwägung.

Zu den Ausgleichsmaßnahmen sind vertragliche Festlegungen zur Umsetzung und Finanzierung abzuschließen.

Zustimmung Ja 5 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Fr. Nötzel informiert:

Schulwegsicherung Eisenbahnstr.

Anhand eines Bauablaufplans informiert **Fr. Nötzel** über den zeitlichen Ablauf der einzelnen Bauabschnitte zur Schulwegsicherung in der Eisenbahnstraße. (Der Plan ist Anhang der Niederschrift.)

Hr. Hilke wundert sich, dass beim Aufmachen der Straße im Bereich der Bushaltestelle große Mängel entdeckt wurden. **Fr. Nötzel** erklärt, dass der Bereich der Bushaltestelle sehr stark beansprucht wird.

Hr. Apitz teilt mit, dass es für die Händler in der Eisenbahnstraße sehr bedauerlich ist, dass die Straße gesperrt ist. Die Sperrung sollte schnellstmöglich aufgehoben werden. **Fr. Nötzel** sichert dies zu.

Hr. L. Hoffrichter weist darauf hin, dass keine Umleitung erkennbar ist. Dies ist besonders für ortsunkundige schwierig. **Fr. Nötzel** informiert, dass die Umleitungsstrecke bereits ab der Reinheimer Straße ausgeschildert ist.

Hr. Tschepe informiert:

Parken im Umfeld der Post

Momentan gilt im Abschnitt Alte Neuendorfer Straße und im Bereich Bergstraße eine Stundenregelung. Auf Anregung im Hauptausschuss am 09.10.2013 und in Zusammenarbeit mit der Auswertung der Untersuchung von GIVT wird an dieser Stelle eine 30-Minuten-Regelung geprüft. **Hr. Hilke** merkt an, dass in diesem Bereich auch beispielsweise Kunden des Rechtsanwaltsbüros und der AWO-Familienberatung parken. Für diese Kunden ist eine Parkdauer von 30 Minuten nicht ausreichend.

Jagdschloss

Die Wintersicherung für das Jagdschloss wird vorbereitet. Die Wiederherstellung der Einzäunung fand bereits in den letzten Wochen statt. Um zu ermitteln, was genau zur Sicherung des Dachstuhls nötig und möglich ist, wird kurzfristig ein Architekt beauftragt.

Erlenweg

Zur Vermeidung von Verzögerungen bei Rettungseinsätzen und zur besseren Orientierung für Lieferanten und Besucher sollen im Erlenweg östlich der Breite Straße neue Hausnummern vergeben werden. (Siehe Plan im Anhang.)

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Hr. L. Hoffrichter weist auf das Loch in der Werner-Seelenbinder-Straße hin. **Fr. Nötzel** informiert, dass hier bereits ein Auftrag ausgelöst worden ist.

Hr. Luban wurde darauf angesprochen, dass der Park der Jahreszeiten in den Winterdienst aufgenommen werden soll. **Fr. Nötzel** wird sich mit der Wohnungswirtschaft und dem Heim in Verbindung setzen und darum bitten, dass der Weg geschoben wird.

Hr. Apitz berichtet, dass die Ampelanlage an der Umgehungsstraße/Kreuzung Buchholzer Chaussee für Rollstuhlfahrer nicht erreichbar ist. **Fr. Nötzel** informiert, dass es sich hier um eine Lichtsignalanlage des Bundes handelt. Das Problem wird dem Bund mitgeteilt.

Des Weiteren trägt **Hr. Apitz** einen Hinweis aus der Lokalen Agenda vor. Die Bänke am Spreeufer sollten erhalten und behandelt werden. **Fr. Nötzel** erläutert, dass das Kontingent für dieses Jahr erschöpft ist. Im nächsten Jahr ist eine Behandlung möglich.

Lobend erwähnt **Hr. Apitz**, dass der Flaschencontainer am Naumannsportplatz barrierefrei gemacht worden ist.

Hr. König weist darauf hin, dass auf der schmalen Straße am Goetheplatz im Notfall kein Rettungswagen durchkommt. Er bittet die Verwaltung, eine Lösung zu finden.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 20:22 Uhr beendet. Der stellvertretende Vorsitzende verabschiedet die Gäste und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 6 Seiten.

Jürgen Luban

Katja Renner

Stellvertretender Vorsitzender

Schriftführerin